

Inhalt

Artensterben in Sachsen	1
Editorial	2
Die Euro-Rettung und unsere Staatsfinanzen	3
Doppelhaushalt 2013/2014	4/5
Bildung: Schwierige Herkunft = schlechte Chancen?	6
Behindertenrechtskonvention: Weg mit den Barrieren	
Aufarbeitung Naziterror	7
Kann man die NPD verbieten?	
Mission Gottesreich in Sachsen?	
Termine	8
Glyphosat: Gefahr in Gärten und auf Feldern	
Impressum	

Die Gefährdung der Artenvielfalt und was dagegen zu tun ist

Wozu brauchen wir Biodiversität?

Biodiversität, auch biologische Vielfalt, meint die Vielfalt der Pflanzen- und Tierarten, der Lebensräume sowie die Vielfalt genetischer Ausprägungen einer Art. Seit der Internationalen Konvention zum Schutz der Biodiversität 1992 ist sie zu einem Leitbild des Naturschutzes geworden. Von der biologischen Vielfalt hängt das Überleben der Menschheit ab, denn sie schafft Boden, säubert Wasser und Luft, ist Nahrungsgrundlage und Schatzkammer für Arzneimittel. Zur Bewahrung dieser Lebensgrundlagen müssen sich Ökosysteme trotz Nutzung regenerieren können. Überall in der Welt, auch in Sachsen, sind bestimmte Lebensräume mit ihren Arten akut gefährdet. Die Menschheit wirtschaftet so, als ob Boden, Wasser, Luft, Fauna und Flora unerschöpflich zur Verfügung stünden – welch' Täuschung!

Ursachen der Gefährdung

Die seit etwa 70 Jahren immer industrieller betriebene Landwirtschaft zerstört Vielfalt. Sie schafft mit wenigen Pflanzensorten, der Verkürzung von Fruchtfolgen, der Vergrößerung der nur mit einer Feldfrucht bestellten Ackerfläche (sog. Schlag) sowie der intensiven Düngung und Ausbringung von „Pflanzenschutzmittel“ genannten Giften eine immer ödere Umwelt. Auf den 720.000 Hektar sächsischen Ackerlands werden zu 55 Prozent Getreide, zu 19 Prozent Raps und

zu 12 Prozent Mais angebaut. Nur 14 Prozent bleiben für andere Kulturen.

Häufige Bodenbearbeitung, kurze Ruhezeiten der Felder nach der Ernte (Stoppelzeiten) und dichte Halmstände verschlechtern die Überlebensbedingungen der auf Äckern lebenden Tiere dramatisch. Rebhuhn und Hamster stehen vor dem Aussterben. Zusätzlich führt Überdüngung zu einer gefährlichen Überfrachtung von Boden und Wasser mit Nährstoffen. Der Einsatz von Bioziden oder Pestiziden wie Glyphosat verursacht Schäden in der Nahrungskette – über Pflanzen und Tiere bis hin zum Menschen.

In sächsischen Wäldern dominieren mit Fichtenplantagen Monokulturen, die für Stürme und Borkenkäfer höchst anfällig sind und dem Klimawandel nicht standhalten können. Im Zuge „ordnungsgemäßer“ Forstwirtschaft werden außerdem wertvolle Altbäume und Totholz beseitigt, die spezialisierte Käfer beherbergen.

Obwohl die chemische Verschmutzung der Gewässer im Freistaat seit der Wende verringert werden konnte, ist ihr ökologischer Zustand weiterhin verbesserungswürdig. Zudem hat die seit dem 19. Jahrhundert betriebene Begradigung und Kanalisierung von Flüssen wie der Elbe diese Gewässer in ein festes Bett gezwängt und von ihren Auen abgetrennt. Aufgrund der fehlenden regelmäßigen Überflutung gingen typische Lebensgemeinschaften verloren.





Foto: Simanowski

Liebe Leserin, lieber Leser,

„Geld regiert die Welt“ – diese kleine Volksweisheit ist nicht unbedingt schön, aber wahr. Im Herbst wird der Landtag kaum ein anderes Thema kennen, weil der Doppelhaushalt für die Jahre 2013/14 beraten und entschieden werden muss. Für Großbaustellen wie den Bildungsbereich, die Personalausstattung der Verwaltung (u. a. Polizisten, Justizbeamte), den Öffentlichen Nahverkehr und die Kommunen müsste als Mindestanforderung ein tragfähiges finanzielles Konzept für die kommenden Jahre vorliegen, damit die Daseinsvorsorge trotz geringer werdender Mittel gesichert bleibt. Bislang bewegt sich in diesen Bereichen wenig. Stattdessen erwecken die vorläufigen Eckdaten für den Haushalt den Eindruck, dass vor der Landtagswahl 2014 das Geld noch einmal großzügig quer übers Land verteilt werden wird. Angesichts der unklaren Entwicklung des Euro, einer anklopfenden Rezession und demzufolge sinkenden Steuereinnahmen, eine aus unserer Sicht unverständliche und vor allem für die Bürgerinnen und Bürger riskante Entscheidung,

wie Sie auf den folgenden Seiten lesen können. Dass es Alternativen gibt, wird die GRÜNE-Fraktion in den Haushaltsverhandlungen beweisen – getreu dem Motto: „Wir schützen ihre Kröten“.

Doch nicht nur die im Portemonnaie auch die in der Natur brauchen dringend unsere Aufmerksamkeit wie Sie unserem Titelthema entnehmen können. Denn der Verlust an Artenvielfalt ist in Sachsen dramatisch. Nachdem jahrelange Appelle wenig Fortschritt gebracht haben, entwickelt die GRÜNE-Fraktion jetzt gemeinsam mit Naturschutzverbänden eine dringend notwendige Biodiversitätsstrategie für den Freistaat. Oder, wie es DIE Weisheit der Umweltbewegung zusammenfasst: „Erst wenn der letzte Baum gerodet, der letzte Fluss vergiftet, der letzte Fisch gefangen ist, werdet ihr merken, dass man Geld nicht essen kann.“

Anne Vetter, stellv. Pressesprecherin
anne.vetter@slt.sachsen.de

Als wäre das nicht genug, werden in Sachsen immer noch etwa acht Hektar Land pro Tag versiegelt. Trotzdem können heute Tiere und Pflanzen in städtischen Parks und naturnahen Gärten oft besser als in der ausgeräumten Agrarsteppe überleben. Umso tragischer ist die in Sachsen erfolgte Abschaffung kommunaler Baumschutzsatzungen durch die CDU/FDP-Staatsregierung. Wertvolle Altbäume fallen nun dem Unverstand zum Opfer. Leider ist auch die Vernichtung von Nistgelegenheiten an Gebäuden und die Verwendung von Chemie im Garten kein Tabu.

Ein Umdenken ist notwendig

Der Freistaat ist seit 2002 zum Aufbau eines Biotopverbunds auf zehn Prozent der Landesfläche verpflichtet. Seit 2010 besitzt er ein Programm zum Schutz der Biodiversität. Dennoch ist bis heute wenig geschehen.

Wir brauchen naturnahe und nutzungs-freie Wälder sowie Flussauenlandschaften. Traditionelle Kulturlandschaften bäuerlicher Landwirtschaft müssen mit ihrer Artenvielfalt bewahrt werden. Fast alle Flussläufe Sachsens sind als europäische Schutzgebiete ausgewiesen. Leider haben diese FFH-Gebiete oft nicht die erforderliche Qualität, da der Freistaat besondere Bewirtschaftungsanforderungen ablehnt.

Obwohl Sachsen über wertvolle Großschutzgebiete wie etwa den Nationalpark Sächsische Schweiz, das Biosphärenreservat Oberlausitzer Heide- und Teichlandschaft oder das NSG Königsbrücker Heide verfügt und sich der Förderung einer umweltgerechten Landbewirtschaftung mit dreistelligen Millionensummen rühmt, hat sich das Artensterben seit der Wende beschleunigt. Die Europäische Union verlangt nun ab 2013,

sieben Prozent der landwirtschaftlichen Betriebsfläche als „ökologische Vorrangflächen“ zu behandeln. Notwendig sind Artenschutzmaßnahmen wie Hecken, Baumgruppen oder Nassstellen in der ausgeräumten Agrarsteppe, Blühstreifen zwischen den Schlägen sowie Stoppelbrachen und wechselnde Frucht- und Bearbeitungsabfolgen, die den Tieren Fluchtmöglichkeiten lassen. Die Agrarförderung darf nicht mehr an der Fläche anknüpfen, sondern an Umwelterfolgen wie etwa dem Vorhandensein bestimmter Arten.

Ebenso selbstverständlich wie wir Verkehrs- und Versorgungsnetze brauchen, benötigen wir ein Biotopverbundsystem verschiedener Lebensräume aus bestehenden Schutzgebieten, Wildnisgebieten, Kulturlandschaften und neuen Verbindungsflächen, in denen sich die Arten, für die Sachsen eine besondere Verantwortung trägt, in überlebensfähigen Populationen ausbreiten können. Denn jedes Naturschöpf und jede Naturbildung ist als unsere eigene Lebensgrundlage wertvoll und schützenswert.



Die sächsische Schaluppe auf hoher See?

Die Euro-Rettung und unsere Staatsfinanzen

Seit drei Jahren hat die Finanz- und Schuldenkrise Europa fest im Griff. Die Regierungen versuchen seitdem, für die Verwerfungen aufgrund der unterschiedlichen Wettbewerbsfähigkeit der Euro-Länder Rettungspakete zu schnüren. Diese Vorgehensweise ist neu und der Ausgang ungewiss. Das macht jede einzelne Maßnahme zum Streitobjekt – zu Recht.

Mittlerweile ist fast vergessen, dass es anfangs „nur“ um ein milliardenschweres Rettungspaket für Griechenland ging. Zwei Jahre später steht es um die Griechen schlimmer als zuvor und die Probleme haben sich ausgeweitet. Es gibt einen „vorläufigen“ Rettungsschirm, die EFSF¹, unter dem bereits Irland und Portugal, vor wenigen Wochen auch Spanien, Zuflucht gesucht haben. Der sollte am 1. Juli 2012 von einem ständigen Rettungsschirm, dem ESM², der dem Euro-Raum im Währungskrieg Schutz bieten soll, abgelöst werden.

Am 29. Juni wurden nach dramatischen Nachtverhandlungen in Brüssel die Vorlagen zum ESM und zum begleitenden Maßnahmenpaket Fiskalpakt von Bundestag und Bundesrat beschlossen. Da die Brüsseler Ergebnisse z. T. noch nicht eingearbeitet waren, wurden im Prinzip „veraltete“ Vorla-

gen beschlossen. Nicht zuletzt deshalb sind beim Bundesverfassungsgericht (BVG) noch Eilanträge und Klagen zu diesen beiden Beschlussvorlagen anhängig, über die erst am 12. September entschieden wird.

Aus Sicht Sachsens und seiner Kommunen ist der begleitende Fiskalpakt interessant, da die Bundesländer die Gunst der Stunde genutzt haben, um einige offene Fragen zu regeln. So sollen künftig finanzielle Lasten, die vom Bund beschlossen, aber bisher nicht von ihm finanziert wurden, anteilig oder ganz vom Bund bezahlt werden (Konnexitätsprinzip). Darunter fallen die Kosten der Unterkunft, die Grundsicherung im Alter und nunmehr auch die Eingliederungshilfe. Das soll die Kommunen auf Dauer entlasten. Darüber hinaus wird den Ländern mit schlechter Kreditwürdigkeit erlaubt, ihre Umschuldungspakete an den Bund zu geben, um von dessen günstigeren Zinsen zu profitieren³. Sachsen wird aufgrund seines niedrigen Schuldenstandes davon wohl keinen Gebrauch machen müssen.

Der ESM ist als dauerhafter Euro-Rettungsschirm allerdings die bedeutsamere Entscheidung, auch wenn sich aufgrund der Klagen vor dem BVG sein Inkrafttreten verzögert. Sollte Deutschland in die Situation geraten, erhebliche Abschreibungen aufgrund der Ausfälle – etwa wegen des Austritts eines Mitgliedes oder weiterer Schuldenschnitte – in den Rettungsschirmen vornehmen und Geld nachschießen zu müssen, kann dies zu erheblichen Kürzungen im Bundeshaushalt führen. Problematisch für die ostdeutschen Länder ist, dass für schnelle Streichungen die Aufbau-Ost-Mittel des Solidarpaktes ganz oben stehen. Das hätte starke Auswirkungen auf die Einnahmen Sachsens und seiner Kommunen, weil der Freistaat wegen seiner immer noch unterdurchschnittlichen Steuerkraft weiter im hohen Maße von Transfers abhängig ist.

¹Europäische Finanzstabilisierungsfazilität

²Europäischer Stabilitätsmechanismus

³„Huckepackverfahren“



Bis zum Jahresende muss der im August von der Staatsregierung an das Parlament übersandte Entwurf für den Staatshaushalt 2013/14 beraten und beschlossen werden. Die bereits bekannten Eckpunkte lassen jedoch keine großen Erwartungen aufkommen. Zwar will die Regierung 2013 knapp eine Milliarde Euro mehr ausgeben als 2012 und steigert dies im Wahljahr 2014 sogar um anderthalb Milliarden auf ein Haushaltsvolumen von insgesamt 16,9 Milliarden Euro. Doch da die Mehrausgaben größtenteils auf Steuermehreinnahmen basieren und diese angesichts von Euro-Krise und drohender Rezession höchstwahrscheinlich einmalig sind, kann man der Staatsregierung zwar zu ihrer Wahlkampfstrategie gratulieren; in solider Haushaltspolitik bekommt sie aber eine Sechse.

Doppelhaushalt 2013/2014 Die Staatsregierung will mehr Geld ausgeben – wird jetzt alles gut?

Achterbahn mit der Staatsregierung

Für die Einordnung der Haushaltspolitik lohnt der Rückblick auf die Beratung des Doppelhaushalts 2011/12. Damals, Ende 2010, war die Wirtschafts- und Finanzkrise in vollem Gange. In der Folge gab es heftige Einschnitte. So kürzte die Staatsregierung im Sozialbereich derart, dass in der Jugendhilfe langjährig aufgebaute Strukturen zerstört wurden – für eine Einsparung von 25 Millionen Euro. Um dies zu verhindern, hatte die GRÜNE-Fraktion seinerzeit vorgeschlagen, vorhandene Ausgabereste zur Deckung der Sozialausgaben zu verwenden. Frech behauptete Finanzminister Georg Unland (CDU), es gäbe keine Rücklagen. Erst Monate später gestand er ein, dass sich über 600 Millionen Euro in seiner Handkasse befanden. Das Geld tastete er dennoch nicht an. Zu Unrecht, da Rücklagen Einnahmerückgänge in konjunkturell schlechten Zeiten ausgleichen sollen.

Und wie stellt sich die Situation im nun zu beratenden Haushaltsentwurf 2013/14 dar? Die Konjunktur läuft seit 2011 sehr gut. Auch die Prognose mit 1,4 Prozent Wachstum fürs kommende Jahr ist positiv. Und was macht die Staatsregierung angesichts steigender Steuereinnahmen? Sie will die mittlerweile 850 Millionen Euro schwere Haushaltsrücklage um 300 Millionen erleichtern. Das ist haarsträubend. Schließlich sollten gute Jahre genutzt werden, um Rücklagen für die schlechten zu bilden.

Die GRÜNE-Fraktion findet diese haushaltspolitische Berg- und Talfahrt fatal. Eine verlässliche Ausgabenpolitik glättet Konjunkturzyklen und verstetigt Staatsausgaben. Die Staatsregierung aber macht das genaue Gegenteil: In konjunkturell unsicheren Zeiten hortet sie Rücklagen und in steuerstarken Jahren verplant sie diese im Haushalt.

Mögliche Auswirkungen der Eurokrise

Insgesamt hält die GRÜNE-Fraktion die dem Haushaltsplan zugrunde liegenden Konjunkturerwartungen für zu optimistisch. Die Eurokrise kann jederzeit an Dynamik gewinnen und die Steuereinnahmen einbrechen lassen. Es ist nicht undenkbar, dass Deutschland tatsächlich für die Rettungsschirme zahlen muss. Dann wird der Bund die Ausgaben kürzen, vielleicht auch die Zuwendungen für den Aufbau Ost, die vor allem von den Kommunen gebraucht werden. Wie sollen die Ausfälle kompensiert werden, wenn schon jetzt das Geld mit vollen Händen zum Fenster hinaus geschmissen wird?

Die Ausgaben im Einzelnen

Bildung

Nach großen Protesten und einem Ministerrücktritt schien die Regierung im Bildungsbereich aufgewacht zu sein. Erstmals liegen die Gesamtausgaben für Bildung und Forschung bei über fünf Milliarden Euro. Allein 260 Millionen Euro sind für die Ausbildung und Neueinstellung von Lehrern eingeplant. Dennoch entpuppt sich das Bildungspaket bei näherem Hinsehen als Mogelpackung. Die Mehrausgaben werden aus Einmaleinnahmen finanziert. Lehrer werden allerdings nicht nur zwei Jahre gebraucht sondern über Jahrzehnte. Wie ihre dauerhafte Finanzierung aussehen soll, ist unklar. Hier sind wir mit der Staatsregierung offenbar einer Meinung. Oder was sollte sonst der Grund für die Vorsichtsmaßnahme sein, dass die Lehrkräfte für die Lehrerbildung nur auf zwei Jahre befristete Verträge bekommen?

Verkehr

Der Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) bleibt das Stiefkind der schwarz-gelben Koalition. Dessen Mittel steigen bestenfalls in Höhe der Preisteuerung. Real gibt es keinen Cent mehr. Anders beim Straßenbau: Hier wurden deutliche Ausgabensteigerungen angekündigt. Nach Ansicht der GRÜNEN-Fraktion eine falsche Schwerpunktsetzung, weil sie auf das Kaputtsparen des ÖPNV hinausläuft. Dabei kann der sächsische ÖPNV steigende Fahrgastzahlen und hohe Kostendeckungsgrade, landesweit um 70 Prozent, vorweisen. Wenn jedoch nicht genügend investiert wird, steigen zwangsläufig die Betriebskosten der Unternehmen. Logische Folgen sind weitere Angebotseinschränkungen und Tarifierhöhungen. Verbieten dieser Entwicklung waren im vergangenen Jahr mit Tarifierhöhungen in der Fläche von sieben bis zehn Prozent bereits spürbar.

Personal

Auch auf die problematische Altersstruktur in der Landesverwaltung hat die Staatsregierung keine adäquate Antwort. Weiterhin scheint sie keine Einstellungskorridore für die einzelnen Fachressorts erarbeitet zu haben, um deren Personalausstattung langfristig abzusichern. Ein Crash wie bei den Lehrern ist vorprogrammiert.

Kommunen

Die Kommunen, insbesondere die kreisfreien Städte, können sich zwar über Investitionshilfen für den Schulhausbau freuen und mit insgesamt rund 125 Millionen Euro mehr rechnen. Angesichts des hohen Investitionsbedarfs ist die GRÜNE-Fraktion jedoch skeptisch, ob diese Mittel ausreichend sind. Abgesehen davon bleiben die Kommunen am Ende der finanzpolitischen Nahrungskette, indem sie alle Risiken aufgebürdet bekommen: Rückgang der Steuereinnahmen, Kürzungen beim Aufbau Ost, Finanzierungsausfälle beim Bildungspaket.

Fazit

Es drohen zwei weitere verlorene Jahre unter Schwarz-Gelb. Erst wird ohne Not fast zu Tode gekürzt. Dann wird das Geld mit vollen Händen ausgegeben, auch wenn es unsolid ist. Es ist absehbar, dass der Konjunkturzyklus wieder bergab geht. Dann müssen alle Bürger mit auf diese Achterbahnfahrt. Wichtige Weichenstellungen werden zudem verschoben. Dazu gehören die langfristige Sicherung der Bildungspolitik, eine durchdachte Personalplanung in der Verwaltung, die Neuausrichtung der Verkehrspolitik, bei der das knapper werdende Geld vorausschauend eingesetzt wird, und Vorschläge, wie Kommunen in Zukunft auch Einnahmen generieren, damit sie die Daseinsvorsorge vor Ort sichern können.

Schwierige Herkunft = schlechte Chancen?

GRÜNE-Fraktion will mehr Unterstützung für Kitas in sozialen Brennpunkten

Soziale Probleme ballen sich in bestimmten Wohngebieten. Das ist in den sächsischen Großstädten Dresden, Leipzig und Chemnitz nicht anders als in Berlin oder Frankfurt/Main, auch wenn sich die Dimensionen unterscheiden. Die sozialen Probleme der Erwachsenen als Folgen aus Arbeitslosigkeit bzw. niedrigem Einkommen und geringer gesellschaftlicher Integration haben direkte Konsequenzen für die dort aufwachsenden Kinder und Jugendlichen. So hat gerade der erste Dresdner Bildungsbericht für die Landeshauptstadt nachgewiesen, dass es einen deutlichen Zusammenhang zwischen dem Aufwachsen in Problemvierteln und geringeren Bildungschancen gibt. In sozial schwierigen Gebieten häufen sich bereits im frühen Alter Entwicklungsauffälligkeiten wie sprachliche sowie fein- und grobmotorische Störungen. Die gezielte Förderung der



Kinder muss also im Kindergarten beginnen. Grundvoraussetzung ist mehr Personal pro Kind. Denn nur, wenn die pädagogische Qualität der Einrichtungen entsprechend hoch ist, können die dort arbeitenden Erzieherinnen und Erzieher dabei helfen, die häuslichen Defizite auszugleichen. Die GRÜNE-Fraktion will deshalb das sächsische Kita-Gesetz um einen Paragraphen erweitern, der in Stadtteilen mit besonderem

Entwicklungsbedarf eine höhere Personalausstattung für Kindertagesstätten vorsieht. Durch diesen Zusatz ist die Forderung der GRÜNEN-Fraktion nach einer generellen Verbesserung des Personalschlüssels in sächsischen Kitas nicht überflüssig. Es handelt sich vielmehr um eine Ergänzung. Der Gesetzentwurf soll noch vor den Haushaltsverhandlungen im Herbst dieses Jahres im Landtag diskutiert werden.

Weg mit den Barrieren

GRÜNE-Fraktion entwirft Konzept zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in Sachsen

Selbstbestimmtes Leben, Teilhabe und gleichberechtigtes Zusammenleben sind die Ziele grüner Sozialpolitik im Allgemeinen und grüner Politik für Menschen mit Behinderungen im Besonderen. Wir wollen ein Umfeld ohne Barrieren und eine Gesellschaft, die ihre Mitglieder akzeptiert wie sie sind. Deshalb setzt sich die GRÜNE-Fraktion für die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention ein. Damit die dafür notwendigen Maßnahmen angesichts der erheblichen Dimension der Konvention der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderung (UN-BRK) nicht aus dem Blick geraten, hat die GRÜNE-Fraktion ein Konzeptpapier erarbeitet, das als Leitfaden für die parlamentarische Arbeit im Landtag dienen soll.

Den Kern des Konzeptpapiers bilden die anhand einzelner Artikel aus der Konvention abgeleiteten konkreten landespolitischen Forderungen und Umsetzungsvorstellungen der GRÜNEN-Fraktion. Wir wollen

eingefahrene Denkmuster und Vorstellungen über Behinderung aufbrechen, ausschließende Strukturen, Verwaltungsabläufe und -verfahren ändern sowie die rechtlichen Grundlagen schaffen, um allen eine gleichberechtigte Teilhabe zu ermöglichen.

Zentral ist unserer Ansicht nach die Schaffung von Barrierefreiheit im weitesten Sinne. Wir setzen uns für den Abbau von baulichen, sprachlichen, akustischen, sensorischen und anderen Hindernissen in allen Lebensbereichen ein. Dazu gehören der einfache Zugang zu und die Kommunikation mit Behörden ebenso wie die problemlose Nutzung der Bibliothek oder des Schwimmbads vor Ort. Darüber hinaus ist ein inklusives Bildungssystem, das es Kindern mit und ohne Behinderung ermöglicht, gemeinsam zu lernen, aus unserer Sicht eine wesentliche Stellschraube. Wenn es ganz normal ist, dass die Banknachbarin im Rollstuhl sitzt, ist es später auch selbstverständlich, sich im Job zu begegnen. Darüber hinaus werden Themen wie Mobilität, Wohnen, Arbeiten und politische Teilhabe ausführlich in dem Konzeptpapier bearbeitet.



NSU-Aufarbeitung: Ein Bericht, ein Rücktritt, eine Kommission, eine Strafanzeige

Geht es um die Frage, warum die braune Terrorbande NSU in Sachsen so lange unerkannt agieren konnte, wird die Staatsregierung schmallippig. Der Tenor des Berichts von CDU-Innenminister Markus Ulbig: Die anderen sind schuld, insbesondere die Thüringer Behörden. Dem sächsischen Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) sei „kein pflichtwidriges Unterlassen“ vorzuwerfen. 14 Tage nach dieser Aussage musste der Minister den Rücktritt des LfV-Chefs Reinhard Boos bekannt geben. Dieser war darüber gestolpert, dass Mitarbeiter des Landesamtes schutzbedürftige Akten an ihrem Arbeitsplatz aufbewahren. Bereits 2007 war dies im sog. Beyer-Irrgang-Gutachten zu Mängeln des LfV als ein „Einfallstor für Missbrauch“ gebrandmarkt worden.

Bei so viel Pannen hat die Staatsregierung wohl die Parole „Krise aussitzen“ ausgerufen. Eine Kommission soll bis Anfang 2013 einen

Philosophiewechsel beim LfV erarbeiten. So kann der Innenminister bis dahin erklären, dass er den Ergebnissen der Experten nicht vorgreifen will. Nach dem Abschlussbericht droht dann, analog dem 2007er Gutachten, ein klammheimliches ‚Weiter so!‘.

Der GRÜNE-Landtagsabgeordnete Johannes Lichdi stellte Ende Juli Strafanzeige gegen die LfV-Spitze. Da es um Aktenvernichtung geht, wird sie nicht einfach vom Tisch zu wischen sein. Angesichts der Pannen in seinen Behörden sollte Ulbig ein ehrliches Fazit ziehen. Es müsste lauten: Ich bin überfordert.



Mission Gottesreich in Sachsen?

Religiös begründeter Streit um gesellschaftliche Entwicklungen ist in Sachsen, im Grunde ganz Ostdeutschland, selten. Dass innerkirchliche Konflikte, wie in diesem Frühjahr, auf landesweites Medieninteresse stoßen, eine echte Ausnahme. Anlass war der Beschluss der evangelisch-lutherischen Landeskirche, gleichgeschlechtlichen Paaren im Einzelfall das Zusammenleben im Pfarrhaus zu ermöglichen. Das Evangelisationsteam, eine evangelikale Missionsgruppe, entzog der Kirchenleitung daraufhin das Vertrauen.

Was hier an die Oberfläche kam, brodelte im Freistaat seit langem. Es ist der Streit um den Umgang mit verschiedenen Lebensentwürfen. Im April hatte Cordula Drechsler, Stadträtin in Bad Lausick, den Parlamentarischen Geschäftsführer der GRÜNEN-Bundestagsfraktion, Volker Beck, wegen dessen Homosexualität attackiert. Thomas Schneider, CDU-Kreisrat und Prediger im Erzgebirge, legte nach und bescheinigte dem „Homolobbyisten“ Beck „Menschenhass“, wenn er Gruppen kritisiere, die sich für die Rückkehr zur „schöpfungsgemäßen Ordnung“ einsetzten.

Annekathrin Giegengack, kirchenpolitische Sprecherin der GRÜNEN-Landtagsfraktion, reagierte mit einem Offenen Brief auf diese Angriffe. Sie rief Schneider zur Mäßigung auf und warnte, „andere Menschen so verächtlich [zu] machen“. Als gefährlich empfindet sie die Vermischung politischer und kirchlicher Ämter. So will die sächsische Regionalgruppe der „Aktion Linkstrend stoppen“ den konservativen Flügel der CDU stärken und tritt für eine „Besinnung auf christliche Werte“ ein. Zu den Unterzeichnern gegen „schleichende Islamisierung“, „Homo-Ehe“ oder „Multi-Kulti-Integrationspolitik“ gehört auch Thomas Schneider.

Die politischen Ambitionen christlich-fundamentalistischer Strömungen und die Frage, wie Kirche, Politik und Medien mit diesen Gruppen umgehen, thematisierte weiterdenken, der sächsische Ableger der grünnahen Heinrich Böll Stiftung, Anfang Juli in zwei sehr gut besuchten Veranstaltungen. Oda Lambrecht und Christian Baars stellten in Schwarzenberg und Dresden ihr Buch „Mission Gottesreich – Fundamentalistische Christen in Deutschland“ vor. Die kontroversen Diskussionen wurden von Annkathrin Giegengack moderiert.

Kann man die NPD verbieten?

Experten diskutieren auf grüner Veranstaltung im Landtag

Nach dem Bekanntwerden der Terrorgruppe „Nationalsozialistischer Untergrund“ im November 2011 wurde eine Person als Unterstützer verdächtigt, die hohe Funktionen in der NPD eingenommen hatte: War die NSU der „bewaffnete Arm“ der NPD? Wenn ja, muss die Partei verboten werden. Bisher fehlen allerdings die Beweise.

Das erste Verbotungsverfahren gegen die NPD hatte das Bundesverfassungsgericht im Jahr 2003 eingestellt, weil die Innenminister nicht offenlegen wollten, welche der Erkenntnisse, die sie als Verbotsgründe aufgeführt hatten, von ihren Spitzeln stammten. Die Innenminister haben nun im März 2012 beschlossen, ihre Spitzel aus den NPD-Führungsgremien abzuziehen. Es ist zweifelhaft, ob dies ausreicht. Denn ein Parteiverbot bleibt trotz des Geredes von der „wehrhaften Demokratie“ ein Widerspruch, da Demokratie auf die freiwillige Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger angelegt ist. Darüber hinaus wird kaum wahrgenommen, dass sich das Bundesverfassungsgericht in einem neuen Verbotungsverfahren an den Anforderungen des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) orientieren würde. Der EGMR aber verlangt eine konkrete Gefährdung der Demokratie durch die zu verbietende

Partei. Eine solche kann durch die NPD nicht begründet werden.

Auf Einladung der GRÜNEN-Fraktion diskutierten Experten im Landtag Chancen und Risiken eines Verbotsverfahrens. Werner Patzelt, Professor für Politische Systeme und Systemvergleich an der TU Dresden, verwies darauf, dass mit einem NPD-Verbot weder die Gesinnung noch politische Meinungsäußerungen aus der Welt seien. Das Wählerpotenzial würde an eine Nachfolgepartei übergehen. Michael Nattke vom Kulturbüro Sachsen wies auf Handlungsmöglichkeiten hin, die aus Sicht derer, die sich täglich mit Neonazis auseinandersetzen, sinnvoller als ein Verbot sind: Engagement der Bürger, Stärkung der Jugendarbeit nicht-rechter Jugendlicher sowie die Arbeit für demokratische Kultur und ihre finanzielle Unterstützung.

So bleibt zu hoffen, dass im Herbst kein Verbotungsverfahren eingeleitet wird. Ein erneutes Scheitern würde der NPD in den Augen vieler eine Art Gütesiegel verleihen, das sie nicht verdient hat.

Weitere Informationen

gruene-fraktion-sachsen.de/8a389530.I

Termine

7. – 9. September 10 – 20 Uhr

Tag der Sachsen

Infostand der Fraktion
Freiberg

10. September 18 Uhr

Verfassungsmodernisierung im Freistaat Sachsen: Haushaltstransparenz, Finanz- ausstattung der Kommunen und atmende Schuldenbremse

Diskussion
Leipzig, Alte Nikolaischule

17. September 19 Uhr

Bus und Bahn für Alle – das Mobilitätsticket für Sachsen

Podiumsdiskussion
Görlitz, Kulturpoint am Bahnhof

3. Oktober 14 – 18 Uhr

Tag der offenen Tür im Sächsischen Landtag

Infostand der Fraktion
Dresden, Sächsischer Landtag

27. Oktober 10 – 17 Uhr

Sächsische Radkonferenz

Dresden, Sächsischer Landtag

1. Dezember 10 – 17 Uhr

Wohlstand = Wachstum?

6. Sächsischer Klimakongress

Dresden, TU Dresden

Weitere aktuelle Veranstaltungen
sowie genaue Orts- und Programmangabe
finden Sie unter:

gruene-fraktion-sachsen.de/termine

Publikationen



FRÖSCHEVERSTEHER: UMWELTSAUEREI DES MONATS

Glyphosat – gefährliches Gift auf Äckern und in Gärten

Fast alle Unkrautvernichtungsmittel haben einen gemeinsamen Wirkstoff: Glyphosat. Massenhaft wird das Ackergift auf Feldern ausgebracht. Aber auch sächsische Kleingärtner gehören zu den Anwendern, da das Gift in jedem Bau- und Gartenmarkt erhältlich ist. Kaum einer ist sich jedoch bewusst, mit welchem Risiko der Glyphosateinsatz verbunden ist.

Wissenschaftler der Universität Leipzig haben kürzlich in fast allen untersuchten Urinproben Rückstände des Pflanzengifts entdeckt, das, entgegen der Behauptungen der Hersteller, über verzehrte Lebensmittel in den Körper gelangen kann. Untersuchungen zur Wirkung des Gifts im menschlichen Körper erbrachten Hinweise auf



Erbgutschädigungen, Geburtsfehler und Missbildungen.

Doch nicht nur die menschliche Gesundheit ist gefährdet, sondern das gesamte Ökosystem. Durch die totgespritzten

Wildkräuter wird die Nahrungskette gestört. Daraus folgt eine reduzierte Artenvielfalt bis hin zu Säugetieren und Vögeln. Zudem können Pflanzen Nährstoffe schlechter aufnehmen und werden krankheitsanfälliger. In der Folge wird noch mehr gespritzt und gedüngt.

Es entstehen „Superunkräuter“, gegen die gar nichts mehr hilft.

Sachsens Landwirtschaftsminister Frank Kupfer und Verbraucherschutzministerin Christine Clauß (beide CDU) ist das alles bekannt. Doch so lange Glyphosat von der Bundesregierung als harmlos eingestuft werde, bestehe kein Grund zum Handeln.



Bestellen

Die Faltblätter sowie weitere Materialien können per E-Mail bestellt werden über:
publikationen@gruene-fraktion-sachsen.de

Impressum

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
im Sächsischen Landtag
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden

Telefon: 0351/4934800
Telefax: 0351/4934809
E-Mail: gruene-fraktion@slt.sachsen.de

Redaktion: Anne Vetter (V.i.S.d.P.),
Grit Ebert